

Vorwort

Die Landbrücke zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer und die Nationen, die sie bewohnen, haben eine gemeinsame Geschichte. Das Bewohnen eines gemeinsamen geografischen Raums führt natürlich zu Ähnlichkeiten. Der Aspekt, über den ich hier schreibe, betrifft jedoch nicht die kulturelle Konvergenz. Im 18., 19. und 20. Jahrhundert standen die Gesellschaften und Völker in diesem Teil der Welt im Schatten der Unterdrückung durch das Russländische Reich. Während ich diese Einleitung im Juni 2022 schreibe, kann ich nicht gleichgültig an der nächsten Etappe dieser Unterdrückung vorbeigehen, nämlich dem Ausbruch eines umfassenden Krieges zwischen der Ukraine und Russland. Einen Konflikt dieses Ausmaßes hat es in Europa zuletzt 1945 gegeben. Die Geschichte des Ausbruchs dieses Krieges, der durch die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 begonnen hat, besteht darin, dass der Aggressor einfache Fakten untergräbt: dass die Ukraine ein souveräner Staat ist und das Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung hat. Der russisch-ukrainische Konflikt brach 2022 erneut aus und seine diplomatische Vorgeschichte (z. B. das so genannte Normandie-Format), die darauf abzielte, ihn durch territoriale Zugeständnisse der Ukraine an Russland zu entschärfen, erwies sich als ein Spiel auf Zeit für Russland und als Zeitverschwendung für den Rest der beteiligten Länder.

Besonders interessant ist im Rahmen dieses Buches, dass es eine Reihe von Parallelen zwischen dem Konflikt unserer Zeit und der Periode der Entstehung der Versailler Ordnung am Ende des Ersten Weltkrieges gibt, die Professor Andrzej Nowak akribisch beschreibt.

Erstens: Das Land – das Problem –, auf das sich die Gedanken der führenden Politiker Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und der Vereinigten Staaten 1920 konzentrierten und heute noch konzentrieren, ist Russland. Die Frage, die der Autor in diesem Buch immer wieder aufwirft, lautet: „Wie kann der Frieden im Osten gesichert werden?“. Seit 2014 wird sie in den diplomatischen Salons wieder gestellt. Damals, nach dem Sieg der kommunistischen Revolution und der Niederlage der Armeen des „weißen Russlands“, bereiteten sich die Bol’sheviki auf einen Angriff auf das wiedererstehende Polen vor. Damals wurden die polnischen Bestrebungen, den Staat in den Grenzen von 1772 wiederherzustellen, von westlichen Diplomaten als imperial bezeichnet, während den russischen Bestrebungen, Polen vollständig zu besetzen und zu sowjetisieren, kein solches Adjektiv vorangestellt wurde – Russland hatte Recht.

Haben die westlichen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2014 im Fall der Krim nicht ähnlich gehandelt? Sie bezeichneten die Annexion formell als illegal, äußerten aber Verständnis für den Schritt und beließen ihn de facto ohne Folgen

für die Beziehungen zu Russland. Ebenso verschlossen sie die Augen vor den gut ausgerüsteten Truppen der sogenannten Separatisten im Donbass. Diese waren so gut ausgerüstet, dass sie der regulären ukrainischen Armee einen ebenbürtigen Kampf liefern konnten... Durch die Annahme eines weiteren Geschenks der westlichen Länder und Russlands, der so genannten Minsker Vereinbarungen, beraubte sich die Ukraine der Möglichkeit, die von den so genannten Separatisten eroberten Gebiete zurückzugewinnen. Im Jahr 2022 unternahm Russland den zweiten Schritt und griff nach der gesamten Ukraine. Ein ähnliches Szenario hätte sich 1920 in Polen ereignen können, als das britische Empire während der laufenden sowjetischen Offensive vorschlug, die polnische Grenze entlang der so genannten Curzon-Linie zu ziehen. Die Annahme dieses (von den Bol'sheviki abgelehnten) Vorschlags hätte die Front mit dem Segen der Initiatoren weit nach Westen verlagert und der Roten Armee eine weitere Expansion ohne Kosten ermöglicht. Die diplomatischen Instrumente, die damals und heute als Lösung vorgeschlagen werden, sind in ihrer Ähnlichkeit und Naivität verblüffend.

Im Westen hingegen wurde der ideologische Faktor übersehen, der eine dritte Parallele zwischen den Dramen darstellt, die ein Jahrhundert auseinander liegen. Die Sowjets lehnten die britischen Vorschläge ab, was unlogisch war. Sie wollten Europa auf eigene Faust erobern, ohne die Zusammenarbeit mit dem britischen Empire. Die Welt hat auch nicht verstanden, warum Russland 2022 entgegen aller Logik angegriffen hat. In Russland steht die Ideologie immer an erster Stelle. Ob es sich um den Glauben an einen Halbgott-Zaren, eine kommunistische Utopie oder einen Erneuerer des Imperiums handelt, die Ideologie wird zu einem Schleier, der das im Westen bevorzugte pragmatische Kalkül verdeckt. Dadurch werden westliche Analysten, die durch das Prisma der Landkarte und der Logik schauen, regelmäßig getäuscht. Die Ideologie macht Russland auch zu einem Land, das in einem anderen historischen Kontext steht. In einer Zeit der kollektiven Bündnisse wie der NATO oder der EU und der globalen Zusammenarbeit schlägt es vor, die Welt zu Regierungssystemen zurückkehren zu lassen, die auf Imperien und einem Gleichgewicht der Kräfte basieren, das bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Aber Kriege und Verluste sind in Russland nicht das Wichtigste. Sie sind notwendige Kosten, die getragen werden müssen, und nicht eine Situation, die um jeden Preis vermieden werden sollte. Eine Rückkehr zu den Grundsätzen des Wiener Systems ist heute im Kreml ein Traum.

Daher sollte eine vierte Konvergenz hervorgehoben werden: Unabhängig von der Epoche unterscheidet sich Russland in seiner Einschätzung des Nutzens des Friedens stark vom Westen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es dem Land an Demokratie mangelt und es daher nur relativ notwendig ist, sich um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu kümmern. Für die westlichen Staats- und Regierungschefs war 1920, nach Jahren des verheerenden Krieges, der Frieden das wichtigste

Element der internationalen Ordnung. Das Gleiche gilt heute, wo der wirtschaftliche Wohlstand, den der Frieden mit sich bringt, der Schlüssel zur Stabilität in der westlichen Welt geworden ist. Für Russland ist der Frieden nur einer der möglichen operativen Zustände, in denen es existieren kann.

Aus dem Ersten Weltkrieg stammen die russischen Vorstellungen über das Recht auf Gewaltanwendung im Falle eines angeblichen Ungleichgewichts oder zur Ausdehnung der Grenzen einer Einflussosphäre. Zeitgenössische politische Konzepte über das Recht einer Nation, zu wählen, in welchem politischen System sie lebt, das Recht, sich Verbündete und Handelspartner auszusuchen, treffen in Russland auf Verwunderung und Unverständnis, sie stiften Verwirrung und werden missverstanden. Russland selbst will für andere Länder und Völker definieren, wie die Dinge zu sein haben. Das taten die Zaren und die Kommunisten. Ist es da verwunderlich, dass Putin heute auch die Beziehungen zu seiner Umgebung auf diese Weise gestalten will? Der Hauptgrund für den Ausbruch des Konflikts unserer Zeit ist die systematische Hinwendung der Ukraine nach der so genannten Orangen Revolution im Jahr 2005 zu prowestlichen (eher entwicklungsfreundlichen) Positionen, die nach Ansicht der russischen Führung inakzeptabel sind und das Land aus dem Einflussbereich Russlands herausziehen. 1920 versuchten die Bol'seviki, eine Einflussosphäre abzugrenzen, die in dem Versuch endete, Deutschland und Italien zu sowjetisieren. Kümmerten sie sich um die Stimme der Nationen, die ihnen im Weg standen? Interessiert sich Russland heute für die Meinung der Ukrainer? Die westlichen Politiker haben die Ambitionen der russischen Führung jahrhundertlang unterschätzt.

Hinter allem steht die Frage der Unterstützung im weitesten Sinne (und insbesondere der Aufrüstung) zur Stärkung der Strukturen und der Waffenlieferungen an die Staaten, die Opfer von Aggressionen sind, um den Angreifer angesichts der immer bedrohlicheren Möglichkeit eines umfassenden Krieges zurückzuschlagen. Dies ist der fünfte Punkt der Ähnlichkeit mit den Ereignissen, die 1920 in Bezug auf Polen stattgefunden haben. Die 1920 auf polnischem Gebiet anwesenden Militärmissionen – die französische und die britische – vertraten unterschiedliche Positionen. Die Franzosen waren aktiv, bildeten Polen aus und rüsteten sie mit Waffen nach, während die Briten Scheinaktionen durchführten. Wenn wir heute die Aktivitäten der Amerikaner, Polen und Briten angesichts des Krieges in der Ukraine betrachten und mit denen Deutschlands oder Frankreichs vergleichen, stellt sich dann nicht die Frage, wer der Anführer des Appeasements ist?

Bei der Lektüre des Buches von Professor Andrzej Nowak kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass viele der Denkmuster, die in der Zeit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens zu beobachten waren, heute in Bezug auf die Ukraine wieder präsent sind. Ich habe oben fünf davon genannt, aber es gibt noch mehr. Was sich vor allem nicht geändert hat, ist, dass die Verfechter des Ap-

peasements – Beschwichtigung durch Befriedigung des imperialen Aggressors, um den Frieden zu gewinnen – weiterhin eine aktive Rolle in der Politik weltweit spielen. Fälschlicherweise wird die Beschwichtigungspolitik mit den Beziehungen zwischen Deutschland und den westlichen Ländern in Verbindung gebracht. Ihre Ursprünge gehen auf das Ende des Ersten Weltkriegs zurück, und ihr erster Nutznießer war Sowjetrußland. Rußland ist im Allgemeinen und bis heute der größte Profiteur der Beschwichtigungspolitik des Westens, der bereit ist, für den Preis des Friedens viel aufzugeben. Wie 1920 gegenüber Sowjetrußland oder 1938 gegenüber Nazideutschland trägt diese Politik die gleichen Früchte. Ihre Wirkung ist wie vor einem Jahrhundert das Scheitern. Das Appeasement gegenüber dem von Vladimir Putin regierten Rußland zwischen 2014 und 2022 hat zu einem ausgewachsenen Krieg geführt. Dieses Gedankenkonstrukt und die Folgen seiner Anwendung sind Gegenstand des Buches, das Sie in Händen halten. Die Beobachtungen des Autors beziehen sich zwar auf die Realität vor einem Jahrhundert, sind aber gerade deshalb hochaktuell. Der Kontext erinnert uns auch an die römische Maxime von Cicero *historia vitae magistra est*, die wir in unserer größtenwahnsinnigen Ansicht, der Mensch sei in der Lage, die Welt und ihre Gesetze zu verändern, oft vergessen und, ohne zu wissen warum, übersehen wir eine andere: *si vis pacem para bellum*.

Paweł Kurtyka
Präsident der Janusz-Kurtyka-Stiftung

Wehe dem Menschen, dessen Schicksal von einem anderen abhängt, aber zweimal wehe der Nation, die vom Interesse einer anderen Nation abhängt! Nationen haben kein Gewissen.

Aleksander Graf Fredro, Drei mal drei

You have the right to go to hell in your own way.

David Lloyd George über die gegen den bolschewistischen Überfall kämpfenden Polen, 22. Juli 1920¹.

¹ Kommentar des britischen Premierministers zum Thema der Polen in einem Gespräch mit einer Gewerkschaftsdelegation (TUC), die verlangte, dass man Polen im Kampf gegen Sowjetrußland keinerlei Hilfe leisten solle. Parliamentary Archive London, Lloyd George Papers, F217/9 (Lloyd George – TUC deputation meeting, 22 July 1920).

